

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Band: 79 (2008)
Heft: 4

Artikel: Die Haltung der Parteienvertreterinnen und -vertreter zum Assistenzbudget : die Politik will die Kosten tragen
Autor: Müller, Matthias
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-803622>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Haltung der Parteienvertreterinnen und -vertreter zum Assistenzbudget

Die Politik will die Kosten tragen

■ Matthias Müller

Trotz höherer Kosten befürworten Parlamentsmitglieder der fünf grössten Parteien grundsätzlich die definitive Einführung des Assistenzbudgets. Über die konkrete Ausgestaltung herrscht allerdings keine Einigkeit.

Das Pilotprojekt Assistenzbudget läuft zwar noch bis Ende 2009, eine erste Entscheidung über dessen Zukunft fällt allerdings bereits in den nächsten Monaten. Der Bundesrat und später das Parlament müssen bestimmen, ob und wenn ja in welcher Form das Projekt definitiv eingeführt wird.

«Frage des Managements»

Das Bundesamt für Sozialversicherungen bilanzierte in seinem Zwischenbericht, dass die Betreuung von Menschen mit Behinderung mit Hilfe persönlicher Assistenten teurer zu stehen kommt als ursprünglich geplant. Der Zürcher FDP-Vertreter Filippo Leutenegger ist überrascht von diesem Befund. Dem Patronatskomitee sei er damals beigetreten, weil ihm versichert worden sei, dass die Betreuung durch persönliche Assistenten nicht nur mehr Wahlfreiheit und Lebensqualität bringe, sondern im Vergleich zur Betreuung im Heim wegen des persönlichen Engagements auch kostengünstiger möglich sei. «Mit dem Assistenzbudget können sich viele Menschen mit Behinderung den Traum der Selbstständigkeit erfüllen. Wird die persönliche Betreu-

ung allerdings nicht günstiger als im Heim, müssen wir das Projekt überprüfen», macht Leutenegger klar. «Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, dass die Betreuung über Assistenten teurer zu stehen kommt als im Heim. Für mich sind die Kosten eine Frage des Managements, das es zu optimieren gilt.» Er sieht Potenzial, das Projekt effizienter zu gestalten, sodass eine definitive Einführung möglich ist. Skeptisch ist er gegenüber der vollen Lohnzahlung an Angehörige. «Solidarität muss in der Familie gelebt werden. Zu Hause bin ich selbst ein «Sozialist» und betreibe Umverteilung zu Gunsten meiner Familie. Dieses Prinzip erwarte ich bis zu einem zumutbaren Grad auch von Familien, deren Angehörige unter einer Behinderung leiden», so Leutenegger. «Ist es nicht möglich, die Kosten unter jenen im Heim zu halten, müssen wir das Projekt trotz allen Vorteilen abbrechen.»

«Gerade die FDP müsste Verantwortung übernehmen. Schliesslich wird mit dem Assistenzbudget das urliberale Anliegen der Selbstbestimmung des Einzelnen gefördert», ärgert sich der Waadtländer Ständerat Luc Recordon über Leuteneggers Haltung. Auch das Argument der Kosten zieht beim Ständerat der Grünen nicht. «Natürlich braucht es kurzfristig mehr Geld, um die Autonomie des Einzelnen zu stärken. Dadurch wird aber auch sein Gesundheitszustand verbessert. Das führt langfristig zu tieferen Kosten», ist Recordon überzeugt. Aber auch der Waadtländer Ständerat sieht

Möglichkeiten, das Projekt zu optimieren: «Ich könnte mir vorstellen, gleichzeitig zwei oder drei Menschen mit Behinderung von denselben persönlichen Assistenten betreuen zu lassen.» Für Recordon ist die definitive Einführung des Assistenzbudgets zentral, schliesslich strebe die IV die Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt an: «Aber wie sollen Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt integriert werden, wenn sie nicht einmal in die Gesellschaft integriert werden?» Recordon hält es für wichtig, dass auch die Familienmitglieder für die Betreuung entlohnt werden. «Erhalten die Angehörigen nichts, wirkt das demotivierend», so Recordon.

Entlohnung von Familienangehörigen?

Der sozialpolitische Meinungsmacher innerhalb der SVP-Fraktion, Toni Bortoluzzi, unterstützt zwar das Projekt grundsätzlich und glaubt nicht, dass die Kosten der persönlichen Assistenz höher ausfallen als im Heim, ist sich aber in der Frage der Entlohnung von Familienmitgliedern mit Recordon nicht einig. Angehörige würden durch Gutschriften in der AHV bereits indirekt entschädigt, so der Nationalrat. «Wird die Entlohnung von Familienangehörigen nicht korrigiert, ist am Schluss die Hälfte der Bevölkerung als Sozialarbeiter tätig und betreut die andere Hälfte», so Bortoluzzi.

Trotz der Kritik hält der SVP-Politiker unmissverständlich fest, dass er sich weiter für das Assistenzbudget einsetze. «Dieser Ansatz fördert die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung. Damit können sie sich besser entwickeln und ihre Möglichkeiten ausschöpfen.» Die Förderung der Selbstbestimmung sei der SVP durchaus etwas wert. Schliesslich setze das Assistenzbudget dort an, wo die SVP Prioritäten setze: Nämlich bei der Selbstverantwortung jedes Einzelnen. «Die Kostenfrage ist natürlich wichtig. Aber wie bei jedem Projekt geht es vor allem darum, gute Lösungen zu finden. Wer die richtigen Massnahmen trifft, muss nachher auch die Kosten tragen», erklärt der Zürcher SVP-Nationalrat. Er ist sich zudem nicht sicher, dass die Betreuung von Menschen mit Behinderung durch persönliche Assistenten tatsächlich teurer zu stehen kommt als im Heim: «Die Zahlen sind nur schwer miteinander zu vergleichen, denn die Heime legen keine subjektbezogenen Rechnungen vor.»

«Keine robusten Zahlen»

Ähnliche wie Bortoluzzi bezweifelt auch der St. Galler Ständerat Eugen David, dass die Zahlen aus dem Zwischenbericht für eine Beurteilung des Projekts genügend robust sind. David ist ohnehin der Meinung, dass die Kostenfrage im Moment nicht im Vordergrund steht. Zwar möge durchaus Optimierungsbedarf vorhanden sein, aber jetzt sei es primär an der Zeit, den Betroffenen Sicherheit zu geben. «Viele Menschen mit Behinderung ist das Risiko zu gross, ihren Heimplatz aufzugeben, ohne zu wissen, ob das Assistenzbudget weitergeführt wird.» Deshalb gehe es jetzt darum, das Projekt auf eine solide gesetzliche und finanzielle Basis zu stellen. David stellt sich ein Kostendach von etwa 60 Millionen Franken jährlich vor. Ins Projekt würden so lange Menschen mit Behinderung



Am Assistenzbudget Teilnehmende lobbyieren in Bern bei SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi.

Foto: Franziska Scheidegger

aufgenommen, bis der finanzielle Plafond erreicht sei. Eugen David möchte – wenn notwendig – in diesem Sinn einen Vorstoss lancieren. «Ich bin zuversichtlich, dass das Projekt vom Parlament unterstützt und definitiv eingeführt wird.» Das Assistenzbudget stellt nach seiner Ansicht die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung ins Zentrum.

David befürchtet, dass sich die Einführung des Projekts verzögern könnte. «Das Bundesamt für Sozialversicherungen muss sich aktuell leider mit andern Problemen beschäftigen, sodass sie kaum zeitliche Ressourcen für das Assistenzbudget findet. Aber wer will, dass der Rückhalt der Bevölkerung gegenüber der IV gestärkt wird, muss das Assistenzbudget schnell und definitiv einführen.» Der CVP-Ständerat kann sich vorstellen, dass das Projekt noch leicht modifiziert wird. «Insbesondere die Kombination von persönlicher Assistenz und Heimaufenthalt bietet Potenzial», so David.

«Unterschiedliche Lebensformen fördern»

SP-Nationalrätin Christine Goll steht ebenfalls hinter dem Assistenzbudget. Der Ansatz passe zu den politischen Grundsätzen, die sie gegenüber Menschen mit Behinderung seit jeher habe. Neben der Existenzsicherung und der Gleichstellung ist Goll die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung ein grosses Anliegen. «Gerade die Selbstbestimmung wird durch das Assistenzbudget entscheidend gefördert», betont die Sozialpolitikerin. Deshalb sei es für sie auch kein Problem, wenn das Projekt teurer zu stehen komme als ursprünglich geplant. Allerdings warnt die Zürcher Nationalrätin davor, die persönlichen Assistenten gegen die Institutionen auszuspielen. «Es darf nicht sein, dass die zusätzlichen Gelder bei den Institutionen eingespart werden. Denn es ist wichtig, dass für Menschen mit Behinderung möglichst viele unterschiedliche Lebensformen möglich sind», betont Goll. ■